

# Sepa, Mittelstand und Banken – wer hat verschlafen?

Von Oliver Grün



**Zu Unrecht wird der Mittelstand in Sachen Sepa an den Pranger gestellt, meint Oliver Grün. Die Umstellung auf die neuen Formate wurde nicht verschlafen – nur haben die Unternehmen angesichts wiederholter Änderungen bei den Rechtsauffassungen auf Rechtssicherheit gewartet. Auch die Banken, so Grün, waren nicht so früh Sepa-ready wie vielfach verkündet. Vor allem aber kritisiert er die Uneinheitlichkeit bei der Umsetzung, die auch von der Verlängerungsphase nicht wettgemacht werden könne. Die Unternehmen hätten eine Phase von zwölf Monaten gebraucht, in denen alle technischen Formate von allen Banken angeboten worden wären.** Red.

Die Sepa-Umstellung hat es in sich: Nicht nur die neue 22-stellige IBAN-Kontonummer muss eingepflegt werden, auch das Datei-Format für die Zahlungsdaten ändert sich.

Die eigentliche Herausforderung ist damit aber noch nicht genannt: Das Zahlungsverkehrssystem Sepa bedeutet im Lastschriftbereich viel mehr als ein neues Format – es erfordert die Veränderung der Prozesse im Unternehmen, beispielsweise bei Anforderungen zur Mandatsverwaltung oder den neuen Ankündigungspflichten für geplante Einzüge.

Dass Unternehmensprozesse umfassend betroffen sind führt dazu, dass eine solche Umstellung zwar zu bewältigen, dabei aber durchaus zeitlich aufwendig und tiefgreifend ist.

## E-Mandat als ständig veränderte Rechtsauffassungen

Warum „Sepa“ zu einem Problem für den Mittelstand geworden ist, liegt aber nicht nur in der Sache selbst begründet, sondern vor allem in den ständig veränderten Rechtsauffassungen der Finanzwirtschaft zur nationalen Umsetzung der Sepa-EU-Richtlinie.

Nehmen wir beispielsweise die Vorgaben zu der neuen Sepa-Mandatsverwaltung, die nun die bisher im Datenträgeraustausch-Verfahren (DTAUS) verwendeten Abbuchungs- und Einzugsermächtigungen ablöst.

Im September 2011 hieß es, ein Mandat sei papierhaft mit einer händischen Unterschrift des Zahlungspflichtigen zu erteilen. Damit wurde dem Bezahlen per Lastschrift im Online-Handel – wohlge-

merkt dem seinerzeit beliebtesten Zahlungsverfahren im Internet – kurzerhand der Todesstoß versetzt.

Erst zwei Jahre später, im August 2013, ruderte der Sepa-Rat mit der Mitteilung zurück, an der bisherigen Praxis für die Einlösung von Lastschriften auf Basis von Lastschriftmandaten, die im Internet erteilt werden, ändere sich nichts.

Die Einsicht kommt reichlich spät, denn viele Unternehmen mussten die bereits erfolgten Umstellungen unter hohem Aufwand wieder rückgängig machen. Die Deutsche Kreditwirtschaft versucht, „mittelfristig“ eine Lösung für die elektronische Erteilung von Lastschriftmandaten zu entwickeln – bis heute gibt es ein solches „E-Mandat“ nicht.

## Mittelständler haben auf Rechtssicherheit gewartet

Die stetigen Änderungen der Rahmenbedingungen führten auch dazu, dass einige Unternehmen erst einmal abwarteten, wie sich die Rechtslage letzten Endes für sie darstellt, schließlich greifen die Änderungen erheblich in die Unternehmensabläufe ein. Dass sie deswegen Sepa nach Ansicht der Bankenverbände „verschlafen“ hätten, geht an der Sachlage vorbei. Ohne Rechtssicherheit kann man einen Prozess im Unternehmen nicht einfach ändern. Der Aufwand, immer wieder Modifikationen

### Zum Autor

**Dr. Oliver Grün**, Präsident, Bundesverband IT-Mittelstand e.V., Aachen.

vorzunehmen oder sich auf gravierende Änderungen in der Rechtslage einzustellen, ist für den Mittelstand kaum zu stemmen.

### **Auch Banken zu spät fertig geworden**

Es ist falsch, den Mittelstand für die Sepa-Verzögerung an den Pranger zu stellen. Auch die deutschen Banken haben die Sepa-Umstellungen viel zu spät abgeschlossen: Noch im November 2013 erhielten wir eine Rücklastschrift von einem Sparkasseninstitut aus Wittmund (BLZ 282 527 60) mit der Information, sie unterstütze keine Sepa-Lastschriften. Die gebetsmühlenartige Wiederholung vonseiten der Bankenverbände, dass Lastschriften bereits seit 2009 Sepa-konform durchgeführt werden könnten, entspricht ganz offenbar nicht der Wahrheit.

Vielmehr scheinen die Banken nicht in der Lage zu sein, sich zu organisieren: Alle machen, was sie wollen, und jeder macht etwas anderes. Das gilt auch für die beschlossene Verlängerung der Übergangsphase: Manche Banken nehmen das DTAUS-Format nicht mehr an, jeder beschließt andere Fristen, einige drohen mit Gebühren. Gerade aber die nicht einheitliche und nicht flächendeckende Umsetzung vonseiten der Banken erschwert die geforderte Umstellung in den Unternehmen maßgeblich.

### **Elektronischer Kontoauszug nicht in Sicht**

Ein weiteres Beispiel für die Versäumnisse der Deutschen Kreditwirtschaft finden wir beim Elektronischen Konto-

auszug: Im Rahmen der Sepa-Einführung ist die Umsetzung eines neuen elektronischen Kontoauszugsformates vorgesehen. Die CAMT (Cash-Management)-Nachrichtentypen sollen Firmenkunden einen Mehrwert in ihrer Kontoauszugsverarbeitung bieten.

Auf Nachfrage bestätigte die EU-Kommission, dass das CAMT-Verfahren zum 1. Februar 2014 bereitgestellt werden sollte – dies ist jedoch zurzeit in Deutschland noch nicht in Sicht, da die Bankinstitute diese Formate wiederum nur zum Teil bereitstellen. Hier wird zudem der IT-Mittelstand aufgefordert, Produkte für eine IBAN-Verarbeitung des CAMT-Vorgängerverfahrens zu entwickeln – leider auch dies wieder uneinheitlich.

### **Harmonisierung wird konterkariert**

Mit Sepa wird ein einheitlicher Zahlungsraum für Transaktionen geschaffen. Doch wie wir sehen, folgen beispielsweise nicht alle Länder der Empfehlung des XML-Verfahrens auf Basis ISO 20022 vonseiten des European Payments Council (EPC). Ausgerechnet Deutschland wählt ein eigenes Format für Zahlungsaufträge, das kein UTF unterstützt, wenngleich gerade die deutsche Sprache Umlaute verwendet, die im UTF Format nutzbar wären – nicht aber im deutschen Sepa-Format. Die angestrebte Harmonisierung wird auf diese Weise konterkariert.

Die Verlängerung der Sepa-Einführungsfrist bringt Entlastung, macht aber die Versäumnisse der Vergangenheit nicht rückgängig. Eine Übergangszeit von mindestens zwölf Monaten, in denen sich die Rechtslage nicht geändert hätte und in der wirklich alle technischen Formate von den Banken angeboten worden wären, wäre angebracht gewesen. Eher als Verlautbarungen, der Mittelstand und nicht die Banken hätten Sepa verschlafen. ■